

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Kreistages  
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011  
am 20. Dezember 2010, 15.00 Uhr,  
im Saal des Landgasthofs und Hotels Trüter,  
Mitteldorfstr. 1 (Eingang: Angerstr.), 37197 Hattorf am Harz

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages  
Landrat Bernhard Reuter und  
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz  
Wolfgang Darnedde, Osterode am Harz  
- bis 16.43 Uhr -  
Christa Hartz, Herzberg am Harz  
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz  
Edgar Hopfstock, Wieda  
Ulrich Kamphenkel, Wieda  
Manfred Keimburg, Osterode am Harz  
Helga Klages, Osterode am Harz  
- Vorsitzende -  
Rosita Klenner, Walkenried  
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz  
- stellv. Vorsitzender -  
Henning Kruse, Wulfthen am Harz  
Barbara Lex, Windhausen  
Klaus Liebing, Bad Sachsa  
Herbert Lohrberg, Eisdorf  
Helga Meyer, Herzberg am Harz  
Marianne Niederheide, Osterode am Harz

Klaus Posselt, Herzberg am Harz  
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz  
Raymond Rordorf, Osterode am Harz  
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz  
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz  
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz  
Uwe Schrader, Osterode am Harz  
Frank Seeringer, Osterode am Harz  
Regina Seeringer, Osterode am Harz  
Hermann Seifert, Bad Sachsa  
Erich Sonnenburg, Badenhausen  
Peter Stecher, Bad Sachsa  
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz  
Manfred Thoms, Hattorf am Harz  
Susanne Voigt, Badenhausen  
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz  
Karin Wode, Elbingerode  
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Von der Verwaltung  
Erster Kreisrat Gero Geißreiter  
Kreisangestellter Rüdiger Brakel  
Veterinäroberrat Dr. Thomas Patzelt  
Kreisangestellter Hans-Jürgen Niwek  
Baudirektor Günter Jentsch  
Kreisangestellter Franz-Michael Hemesath  
Kreisverwaltungsdirektor Siegfried Pfister  
Kreisverwaltungsoberrat Michael Bührmann  
Kreisverwaltungsoberrat Holger Ahrens  
Gleichstellungsbeauftragte Dagmar Frühling-Eder  
Medizinaldirektorin Dr. Ursula Schaper  
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -  
Referendar Florian Panknin

Es fehlen entschuldigt  
die Abgeordneten

Werner Bruchmann, Bad Sachsa  
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz  
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa  
Herbert Miche, Walkenried  
Lutz Peters, Herzberg am Harz  
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz  
Eberhard Siegler, Osterode am Harz  
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.06 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie den Vertreter der Presse.

Dank spricht die Vorsitzende dem Leiter der Kreismusikschule, Bert-Heinrich Hunke, mit seinem Bläser-Ensemble für die vor Beginn dieser Sitzung dargebotenen weihnachtlichen Klänge aus.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; der Kreistag stellt folgende

T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 15. Nov. 2010
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

...

5. Besetzung von Gremien;  
Verbandsversammlung des Zweckverbandes für  
Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover
6. Bestimmung der Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche  
für die Kreiswahl am 11. Sept. 2011
7. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen  
mit einem Wert von über 2000,00 €
8. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die  
Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen;  
Antrag der Stadt Bad Sachsa vom 30. Nov. 2010
9. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011
10. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011
11. Haushaltssicherungskonzept 2011
12. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2010-2014
13. Satzung des Landkreises Osterode am Harz zur Förderung der  
Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen zur  
Kindertagespflege gem. §§ 23, 24 SGB VIII
14. Anpassung der Entgelte für das ZisterzienserMuseum  
Kloster Walkenried ab 1. Jan. 2011
15. Antrag der Realschule auf dem Röddenberg in Osterode am Harz  
auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012;  
Herstellung des Einvernehmens
16. Antrag des Tilman-Riemenschneider-Gymnasiums in Osterode am Harz  
auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012;  
Herstellung des Einvernehmens
17. Antrag des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums in Herzberg am Harz  
auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012;  
Herstellung des Einvernehmens
18. Anfragen und Mitteilungen
19. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die  
Sitzung des Kreistages am 15. Nov. 2010

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 15. Nov. 2010 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

1. Genehmigung 2. Nachtragshaushaltssatzung 2010

Der Landrat berichtet, dass das Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration (MI) mit Verfügung vom 22. Nov. 2010 die 2. Nachtragshaushaltssatzung und den 2. Nachtragshaushaltsplan des Landkreises Osterode am Harz für das Jahr 2010 genehmigt habe.

Der Erlass der 2. Nachtragshaushaltssatzung sei erforderlich geworden, um im Stellenplan zusätzliche Stellen für die Umsetzung des Projektes „Kinder, Bildung, Zukunft im Landkreis Osterode am Harz (KiBiZ)“ bereitzustellen. Das MI weise nochmals darauf hin, dass es dem Projekt trotz finanzieller Risiken aufgeschlossen gegenüberstehe. Gegen die Genehmigung des 2. Nachtragshaushaltes bestünden keine Bedenken. Das MI bittet, über die weitere Entwicklung im Rahmen der Haushaltssicherungsberichte informiert zu werden.

2. Unterrichtsausfall bei besonderen Wetterbedingungen

Der Landrat berichtet zu den im Landkreis Osterode am Harz aufgrund der besonderen Wetterbedingungen eingetretenen Unterrichtsausfällen.

Allgemein gelte, dass bei extremen Witterungsverhältnissen, wie zum Beispiel Straßenglätte, Schneeverwehungen oder Hochwasser, der Landkreis Osterode am Harz den Ausfall des Schulunterrichtes in seinem Bereich anordnen kann. Der Unterricht fällt immer dann aus, wenn die Schülerbeförderung nicht mehr erfolgen kann oder wenn die Zurücklegung des Schulweges eine unzumutbare Gefährdung für die Schülerinnen und Schüler erwarten lasse. Die Anordnung kann für die allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen erfolgen. Dabei ist in jedem Einzelfall zu entscheiden, ob der Ausfall auf den Primarbereich (Klassen 1 - 4) oder auf den Primar- und Sekundarbereich I (Klassen 5 bis 10) beschränkt werden kann.

Die Kreisverwaltung teilt Schulausfälle der Polizeidirektion Göttingen mit. Von dort gelangt die Information über die Verkehrsmanagementzentrale zu den regionalen Hörfunkstationen und ins Internet.

Informationen über Unterrichtsausfälle können im Internet unter

[www.vmz-niedersachsen.de](http://www.vmz-niedersachsen.de)

(VERKEHRSMANAGEMENTZENTRALE Niedersachsen / Region Hannover) abgerufen werden.

Erziehungsberechtigte von Schülerinnen und Schülern der Klassen 1 bis 10, die eine unzumutbare Gefährdung auf dem Schulweg durch extreme Witterungsverhältnisse befürchten, können ihre Kinder auch dann für einen Tag zu Hause behalten oder sie vorzeitig vom Unterricht abholen, wenn kein Unterrichtsausfall angeordnet ist.

Ist Unterrichtsausfall angeordnet worden, muss gewährleistet sein, dass Aufsichtspflichten gegenüber Schülerinnen und Schülern, die trotzdem zur Schule gekommen sind, erfüllt werden. Ist zu erwarten, dass während des Unterrichts extreme Witterungsverhältnisse auftreten, die eine schwerwiegende Gefährdung der Schülerinnen und Schüler auf dem Weg nach Hause erwarten lassen, entscheidet die Schulleitung über eine vorzeitige Beendigung des Unterrichts. Kinder aus den Klassen 1 bis 4 dürfen nur dann abweichend vom Stundenplan nach Hause entlassen werden, wenn sie von den Erziehungsberechtigten abgeholt werden oder diese sich im Einzelfall (zum Beispiel telefonisch) mit der Entlassung einverstanden erklärt haben.

Die aktuelle Situation stelle sich aufgrund der Wetterlage wie folgt dar:

Die Straßen im Landkreis Osterode am Harz waren überwiegend geräumt. Allerdings gab es - nicht voraussehbar - erhebliche Verkehrsprobleme beim innerörtlichen Begegnungsverkehr<sup>1)</sup>. Ein Unterrichtsausfall konnte daher erst nach Rückmeldung der befördernden Verkehrsunternehmen angeordnet werden. Lediglich ein Unternehmen hatte gegen 6.45 Uhr der Kreisverwaltung gemeldet. Aufgrund dieser Informationslage war jedoch eine Meldung im Radio oder Internet nur noch verspätet möglich, da gegen 7.00 Uhr die meisten Kinder bereits auf dem Weg zur Bushaltestelle bzw. mit den Bussen auf der Strecke waren. Um eine frühzeitige Information der Schüler und Eltern zu erreichen, müsste eine Meldung erheblich früher bei der Kreisverwaltung eingehen.

### 3. Zeitschrift „Harzzauber“

Der Landrat weist auf die Berichterstattung zu aktuellen Themen (Welterbe Oberharzer Wasserregal) in der an die Abgeordneten verteilte Ausgabe der Zeitschrift „Harzzauber“ hin.

---

<sup>1)</sup> Parkende Pkw hatten Verkehrswege blockiert und einige Ortsteile waren nur einspurig befahrbar (Lerbach, Freiheit, Riefensbeek-Kamschlacken, Düna, Zorge, Gittelde usw. ). Ein großes Problem stellten hier auch die Gelenkbusse dar, die kreisweit eingesetzt werden und durch die Schneehöhe besonders behindert wurden.

Punkt 5:

Besetzung von Gremien;  
Verbandsversammlung des Zweckverbandes für  
Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover

- Drucksache Nr. 296 -

Beschluss:

Der Kreistag benennt gem. § 5 Abs. 1 Satz 6 der Verbandsordnung den Veterinäroberrat Dr. Thomas Patzelt als Stellvertreter des Landrats in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 6:

Bestimmung der Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche  
für die Kreiswahl am 11. Sept. 2011

- Drucksache Nr. 306 -

Beschluss:

Für die Kreiswahl am 11. Sept. 2011 werden fünf Wahlbereiche gebildet. Die Abgrenzung der Wahlbereiche erfolgt wie in der Anlage C - Variante 5/1 - zur Vorlage dargestellt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 7:

Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen  
mit einem Wert von über 2000,00 €

- Drucksache Nr. 309 -

Beschluss:

Die Annahme der in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Zuwendungen wird beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 8:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Ko-Finanzierung von EU-geförderten Investitionsmaßnahmen;  
Antrag der Stadt Bad Sachsa vom 30. Nov. 2010

- Drucksache Nr. 310 -

Beschluss:

Der Antrag der Stadt Bad Sachsa auf Gewährung einer Zuwendung in Höhe von 26.987 € wird bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Die Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

Punkt 9: - Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011,

Punkt 10: - Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011,

Punkt 11: - Haushaltssicherungskonzept 2011 und

Punkt 12: - Mittelfristige Finanzplanung 2010 - 2014

wegen der inhaltlichen Nähe gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt zu beschließen. Diesem Vorschlag stimmt der Kreistag zu.

Der Abg. Thoms nimmt für die SPD/FDP-Gruppe Stellung:

„Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in diesem Jahr leidet der Haushalt 2011 unter den Auswirkungen der vorangegangenen Krise. Auf die Auswirkungen der Krise hatte ich anlässlich der Beratungen über den Haushalt 2009 hingewiesen, nämlich auf

- den weiteren Anstieg der Sozialausgaben,
- die Mindererträge aus den allgemeinen Deckungsmitteln und
- die mittelfristig angespannten Haushaltsverhältnisse wie in den Jahren 2003 bis 2006.

Das ist 2010 eingetreten, und genauso setzt es sich für 2011 fort. Das Defizit ist um 0,8 Mio. € von 10,6 Mio. € auf 11,4 Mio. € gestiegen. Für die soziale Sicherung müssen nach dem Anstieg von 2009 zu 2010 um 1,5 Mio. € noch einmal 1,2 Mio. € mehr bereitgestellt werden. Insgesamt werden ca. 103 Mio. € für die soziale Sicherung ausgezahlt; das sind fast 70% des Volumens der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit. Ein Drittel der 103 Mio. € müssen wir selbst stemmen, also aus den allgemeinen Deckungsmitteln (Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage) zur Verfügung stellen.

Die Kreisumlage ist um ca. 2,5 Mio. € zurückgegangen. Ursächlich für den Einbruch der Kreisumlage ist, dass die Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden im vierten Quartal 2009 und im ersten bis dritten Quartal dieses Jahres um ca. 6 Mio. € zum Vergleichszeitraum des Vorjahres gesunken ist. Also hat der wirtschaftliche Aufschwung unsere kreisangehörigen Gemeinden nicht erreicht. Zurzeit wirkt er sich nur positiv auf die Kassen der Länder und des Bundes aus. Das Land Niedersachsen veranschlagt für 2011 das zweithöchste Steueraufkommen in seiner Geschichte (17,8 Mrd. €). Es stellt für den Kommunalen Finanzausgleich 2011 2,95 Mrd. € zur Verfügung. Das ist nicht großzügig! Es entzieht den Kommunen nach wie vor Mittel von 100 Mio. € jährlich, weil es den Eingriff in den Finanzausgleich nicht vollständig rückgängig gemacht hat. Dieser Eingriff des Landes hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Kommunen Niedersachsens Liquiditätskredite in Milliardenhöhe haben ansammeln müssen, und zwar ist zum Stichtag 30. Sept. 2010 die „5-Mrd.-€-Marke“ überschritten worden. Wir erhalten 2,8 Mio. € mehr an Schlüsselzuweisungen; das ist auf den ersten Blick erfreulich, jedoch fehlt im Vergleich zum Stand des Jahres 2009 noch einmal derselbe Betrag.

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass die allgemeinen Deckungsmittel sich zum Vorjahr um 0,3 Mio. € erhöht haben. Diese geringfügige Erhöhung kompensiert die Steigerung der Sozialausgaben lediglich zu einem Viertel.

Nach wie vor ist das Dilemma nicht aufgelöst, dass wir als Landkreis die Leistungen aus den Sozialgesetzen gewähren müssen, aber das Land uns dafür nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Ob sich das ändern wird, bleibt ungewiss. Die Vorschläge des Bundesfinanzministers in der Gemeindefinanzkommission sind zunächst auf Eis gelegt. Im Februar 2011 soll über seine Vorschläge weiter beraten werden. Einer seiner Vorschläge, die Ausgaben der Grundsicherung durch den Bund zu übernehmen, ist vielversprechend. Würde er umgesetzt, könnte sich der Landkreis Osterode um bis zu 4,7 Mio. € entlasten.

Auf Sicht können wir keinen ausgeglichenen Haushalt beschließen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung sinken die Defizite, bleiben aber auf hohem Niveau. Kumuliert werden sie zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf 57,5 Mio. € ansteigen, mit der Vorbelastung aus den kameraleen Haushalten vor 2008 sogar auf mehr als 90 Mio. €.

Einmal mehr erneuert die SPD/FDP-Kreistagsgruppe ihre Forderung an das Land, für einen auskömmlichen Finanzausgleich zu sorgen. Kein Handeln bedeutet: Zerstörung der kommunale Selbstverwaltung! Dass in diesem Jahr von 37 niedersächsischen Landkreisen nur sechs keinen defizitären Haushalt haben, verdeutlicht den völlig unzureichenden Finanzausgleich.

Genauso wie für dieses Jahr schlägt die SPD/FDP-Kreistagsgruppe nicht vor, die Kreisumlage zur Verbesserung der Haushaltlage zu erhöhen; ein solcher Schritt wäre deshalb absurd, weil die Haushaltssituation der kreisangehörigen Gemeinden ebenfalls angespannt ist. Um das Defizit des Landkreises vollends auszugleichen, bedürfte es eines um 21 %-Punkte höheren Hebesatzes von 76,2%.

Solange die Rahmenbedingungen keinen Gestaltungsspielraum zulassen, muss der Mitteleinsatz konsequent an den vom Kreistag beschlossenen strategischen Oberzielen ausgerichtet werden. Das ist Landrat Bernhard Reuter mit dem Haushalt 2011 gelungen.



Ausdrücklich begrüßen wir den Neubau der Mensa für die Realschule Röddenberg. Die Investitionssumme beträgt 870 T€. 435 T€ werden im Haushalt 2011 bereitgestellt, ein gleich hoher Betrag als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2012. Dieses Vorhaben müssen wir ohne finanzielle Hilfen des Landes oder des Bundes im Zuge der Errichtung der Realschule Röddenberg als Ganztagschule realisieren. Unter Berücksichtigung des Mensaneubaus werden wie in diesem Jahr für Bauunterhaltung, Hochbau und Ausstattung mehr als 3 Mio. € in die Schulen fließen.

Ebenfalls ist das Projekt „KiBiZ“ (Kinder, Bildung, Zukunft) auf die Bildung ausgerichtet. Es ist eine Zukunftsinvestition und ein Baustein der Haushaltssicherung. Es soll die Zahl der SGB-II-Abhängigen und die Kinderarmutsquote senken, was sich in Minderaufwendungen in kommenden Haushaltjahren bemerkbar machen wird. Die SPD/FDP-Kreistagsgruppe fühlt sich mit ihrer Zustimmung zu diesem Projekt in der Sitzung des Kreistages am 20. Sept. 2010 bestätigt. Das niedersächsische Innenministerium hat die zweite Nachtragshaushaltssatzung 2010 genehmigt, mit der die erforderlichen Stellen für das Projekt geschaffen wurden. In dem Genehmigungserlass bringt das Ministerium zum Ausdruck, dass es dem Projekt aufgeschlossen gegenüberstehe. Finanziell ist das Projekt nicht ohne Risiko, jedoch vertrauen wir auf eine gut vorbereitete Umsetzung; die Feinkonzepte werden erarbeitet, und es besteht das Angebot an die Fraktionen, sich dabei einzubringen. Die SPD/FDP-Kreistagsgruppe sieht in dem Projekt eine Investition in die Zukunft der benachteiligten Kinder, mit dem ihnen Chancen für eine angemessene Bildung und Ausbildung geboten werden. Diese Investition wird sich mittel- und langfristig auszahlen, indem Sozialleistungen zur Entlastung des Kreishaushalts zurückgeführt werden.

Das Investitionsvolumen des Finanzhaushalts ist um 600 T € höher als in diesem Jahr. Es beläuft sich auf 7,3 Mio. €. Die Nettoneuverschuldung steigt um 1,2 Mio. € auf 2,2 Mio. €. Das ist genau der Betrag, der durch den Wegfall der Investitionsbindung der Schlüsselzuweisungen entfallen ist. Trotz dieser hohen Neuverschuldung ist die SPD/FDP-Kreistagsgruppe der Meinung, dass es sich um gut angelegtes Geld handelt und sich positiv auf die heimische Wirtschaft auswirken wird.

Der Stellenplan zeugt von verantwortlicher Personalwirtschaft. Obwohl die Ausweitung des Stellenplanes gegenläufig zur demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung steht, bleibt es ein Gebot, Stellen dort neu zu schaffen, wo verstärkter Arbeitsanfall und die Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen sie erfordern, nämlich in den Bereichen der sozialen Leistungen und der Bildung. Allein 14 Stellen sind für das Job-Center neu geschaffen worden; sie belasten den Kreishaushalt nicht unmittelbar. Mehr als fünf Stellen werden vom Land bzw. Bund, den Pflegekassen und durch Mehrerträge finanziert. Weitere drei Stellen stehen im Zusammenhang mit Haushaltssicherungsmaßnahmen; sie sind erforderlich, um die Maßnahmen umzusetzen und Einsparungen zu generieren. Eineinhalb Stellen sind einem erhöhten Fallaufkommen in der Kinder- und Jugendhilfe geschuldet. Zehn Stellen werden gestrichen; sie werden nicht mehr benötigt bzw. durch Umorganisation eingespart. Landrat Bernhard Reuter ist es gelungen, mit dem Stellenplan 2011 die Personalkosten nahezu konstant zu halten; der Anstieg von 124 T € liegt weit unter 1% und enthält die sich für 2011 aus der Lohnrunde 2010 ergebenden Steigerungen und den Anstieg von Sozialversicherungsbeiträgen von in der Summe 310,5 T €.

Zum Abschluss meiner Haushaltsrede erneuere ich wie jedes Jahr für die SPD/FDP-Kreistagsgruppe ihren Appell an Landrat Bernhard Reuter und seine Verwaltung, auch den Haushalt 2011 restriktiv auszuführen.

Wir werden der Haushaltssatzung, dem Haushalt 2011 einschließlich der überarbeiteten Produkte, dem Haushaltssicherungskonzept, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und dem Stellenplan in der Fassung der Kreisausschussbeschlussempfehlung uneingeschränkt zustimmen.“

Für die CDU-Kreistagsfraktion nimmt der Abg. F. Seeringer wie folgt Stellung:

„Wir haben sehr intensiv bei der Einbringung des Nachtragshaushalts vor wenigen Wochen über das KiBiZ Programm mit zusätzlich 21 neuer Stellen diskutiert. Was uns damals fehlte, und immer noch fehlt, ist eine fundierte Konzeption für dieses Programm. Wir stellen 21 neue Mitarbeiter ein, ohne im Detail zu wissen, was die eigentlich machen sollen. Der Höhepunkt der Unwissenheit wurde im zuständigen Ausschuss deutlich, als der mit dem Thema beauftragte Referent vorschlug, einen Arbeitskreis zu bilden, bei dem die Ausschussmitglieder doch bitte mitarbeiten sollten.

Auch das zuständige Ministerium sprach bei dem Programm von finanziellen Risiken, zumal das Einsparpotenzial, welches im Vorfeld errechnet wurde, von ca. 1,5 % ausgeht. Das ist gerade der Rückgang der Einwohnerzahl durch den demografischen Wandel. Wenn man dazu noch den allgemeinen Rückgang der Arbeitslosenzahlen von über 5 Mio. - unter der letzten Regierung unter der Führung von SPD und GRÜNEN - auf zurzeit weniger als 3 Mio. einrechnet, so können wir wohl auch von einem entsprechenden Rückgang bei der zu betreuenden Klientel ausgehen. Deshalb sollte auch dieses Programm gründlich überarbeitet werden, bevor wir ihm zustimmen können. Auch existieren von der Hebammenhilfe bis zu den Angeboten der freien Träger gut funktionierende Systeme, die sinnvoll miteinander kombiniert werden könnten. Auf die zusätzliche Mietkosten von ca. 50.000 € pro Jahr für die neuen Büroräume, will ich nur am Rande hinweisen.

Ein weiterer Punkt ist die allgemeine Stellenentwicklung im Landkreis. Hatten wir laut Einbringungsrede 2005 ohne SGB II 355 Stellen, so haben wir im vorliegenden Haushalt 374 Stellen. Eine Besorgnis erregende Entwicklung, obwohl wir auf einem sehr guten Weg waren. Wenn wir die Entwicklung bei den Kreisbeteiligungen Sparkasse und Harz Energie betrachten, so haben diese in den vergleichbaren Zeitraum bis zu 25 % Personal abgebaut, weil sie sonst nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen werden. Warum ist die öffentliche Verwaltung dazu - natürlich in bescheidenen Maßen - nicht in der Lage? Hätten wir vor 15 Jahren entsprechend reagiert - denn damals habe ich in meiner Haushaltsrede mit sehr differenzierten Vorschlägen diese Einsparungen schon gefordert - müssten wir uns heute über ein Defizit im Haushalt gar nicht unterhalten.

Der dritte Punkt, den ich beim Personal noch kurz ansprechen will, sind die Zukunftsvisionen unserer beiden Spitzenbeamten. Wenn ein Erster Kreisrat gebeten wird, als Landrat zu kandidieren, zeigt das, dass er eine gute Reputation hat.

Wenn ein Landrat den Nachbarkreis übernehmen will, ist das natürlich kein alltäglicher Vorgang, den ich an dieser Stelle gar nicht würdigen will. Das kann jeder selbst tun. Nur in einer Situation, bei der es um die Zukunft des Landkreises Osterode geht, schwächt diese Vorgehensweise die Position unseres Landkreises ungemein. Einen Landkreis, der keine Verwaltungsspitze mehr hat, lässt sich leicht auflösen. Bei den verschiedensten Studien hat dieser Landkreis die mit Abstand geringsten Zukunftsentwicklungen in Niedersachsen und somit kaum noch eine Zukunft. Wenn dann noch der Landrat diesen Kreis verlässt, ist das Schicksal dieses Landkreises womöglich schon besiegelt, zumal wir in Hannover keine erkennbare Repräsentanz mehr haben.

Weit über 100 Mio. € Ausgaben dieses Haushaltsplanes sind durch die Abgeordneten dieses Kreistages gar nicht beeinflussbar und werden aufgrund von Bundestagsbeschlüssen durch die Kreisverwaltung umgesetzt. Warum wir diese Ausgaben im vorliegenden Haushalt beschließen müssen, wäre eine Frage, die unsere höchsten Richter klären sollten. Wir haben darüber im Detail im zuständigen Ausschuss diskutiert und ich will das hier und heute nicht wiederholen. Ich verweise auch auf die Ausführungen im Vorbericht:

- Teilhaushalt 3 Mehrausgaben von 665.000 €
- Teilhaushalt 4 Mehrausgaben von 540.000 € und
- Teilhaushalt 5 Mehrausgaben von 370.000 €

Auch die Gebührenhaushalte - ich nenne nur die Müllentsorgung - sind gerade in der letzten Kreistagssitzung ausführlich diskutiert worden. Bei den freiwilligen Leistungen, die ja 1% des Haushaltes nicht übersteigen, das ist also der Bereich den wir direkt beeinflussen könnten, werden Maßnahmen umgesetzt, die durch den Kreistag in der Regel einstimmig beschlossen wurden.

Die finanzielle Entwicklung in den Museen, der Kreisvolkshochschule und der Kreismusikschule machen uns Sorgen. Wir meinen, dass andere Strukturen zukunftsweisend sein könnten, ich habe darauf in den letzten Jahren mehrfach hingewiesen.

Auch die Eigenanteile von 25% am quotalen System - wir haben darüber in der Fraktion aber auch im Finanzausschuss ausführlich diskutiert - sollte im Detail, soweit dieses möglich ist, in den zuständigen Ausschüssen besprochen werden. Da einige Maßnahmen, der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar sind, müssten ggf. die gesetzlichen Vorschriften den realistischen finanziellen Möglichkeiten der Kommunen Rechnung tragen.

Bei der Kreisumlage fiel mir vor einigen Wochen ein Bericht im Harz Kurier auf, bei dem es um die Fusion von Bad Sachsa und Walkenried ging. Hier merkte ein Vertreter aus dem MI an, dass die Personalausstattung der Gemeinden weit über den Durchschnittswerten der Gemeinden in Niedersachsen liegt.

Vielleicht sind ja viele Finanzprobleme vieler Gemeinden auch hausgemacht und bei sparsamen Mittel- und realistischem Personaleinsatz wäre eine auskömmliche und durch die Gemeinden finanzierbare Kreisumlage denkbar. Hier fragt man sich, warum der Landkreis als Aufsichtsbehörde diese rechtswidrigen Haushalte in der Vergangenheit immer genehmigt hat. Hätte man hier vor Jahren schon einmal eingegriffen, sähe die Situation heute ganz anders aus.

Auch stellt sich die Frage, ob eine Kreisreform zu immer größeren Systemen verbrauchergerecht ist, oder sollte man die Aufgaben nicht lieber bürgernah auf zwei oder drei starke Gemeinden im Landkreis Osterode übertragen und dann die Ebene des Landkreises einsparen. Die parallel dazu existierenden Zusammenschlüsse, wie die Kommunale Datenverarbeitungszentrale Südniedersachsen oder gemeinsame Müllentsorgung zeigen, dass eine wirksame Zusammenarbeit ohne große kommunale Zusammenschlüsse hervorragend funktioniert. Es gibt da noch interessante, zukünftige Entwicklungen, die wir engagiert begleiten sollten. Ob bei der zukünftigen Ausrichtung der kommunalen Gebietskörperschaften teure Gutachten, von Wissenschaftlern, die von der Arbeit vor Ort gar keine Ahnung haben, immer nützlich sind, muss doch bezweifelt werden.

Auf die Einzelheiten, wie die Investitionen, denen wir in der maßvollen Höhe zustimmen, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Aber auch auf die Probleme im Bereich SGB II haben wir hingewiesen. Es ist eine ungute Entwicklung, wenn immer mehr Betroffene u.a. durch die geringen Mieten in den Landkreis Osterode drängen. Hier müssen Lösungen her, um dieser Entwicklung, die unsere finanziellen Möglichkeiten sprengt, entgegenzuwirken.“

Abschließend kündigt er für die CDU-Kreistagsfraktion an, dem Stellenplan, der Haushaltssatzung, dem Haushaltssicherungskonzept und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nicht zuzustimmen.

Die Abg. Meyer bezieht sich auf die Ausführungen des Abg. F. Seeringer zum Stellenplan und führt aus, dass für das Projekt „Kinder, Bildung, Zukunft im Landkreis Osterode am Harz (KiBiZ)“ die Besetzung der ausgewiesenen Stellen erst nach Abschluss der Detailplanungen vorgesehen sei; ein Grund, den Stellenplan abzulehnen, sei deshalb für sie nicht erkennbar.

Aufgrund der hohen Sozialausgaben schrumpfe der finanzielle Spielraum des Landkreis Osterode am Harz immer weiter. Sorge bereite ihr u.a. die Mietpreisentwicklung und die Zahl der Firmeninsolvenzen. Sie spricht sich für eine Abschaffung der Jagdsteuer aus; hierzu würden derzeit Verhandlungen auf Landesebene geführt.

Zusammenfassend stellt die Abg. Meyer fest, dass der Landkreis Osterode am Harz seine finanzielle Schwierigkeiten nicht aus eigener Kraft werde lösen können.

Sie bedauert die Kandidaturen des Landrats und des Ersten Kreisrats für Positionen in den Nachbarlandkreisen und sieht darin ein schlechtes Signal für die Bürger. Sie plädiert dafür, eine Zusammenarbeit auch mit dem Landkreis Goslar intensiv zu prüfen.

Für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt der Abg. Rordorf zunächst aus, dass den Kandidaturen des Landrats und des Ersten Kreisrats für Positionen in den Nachbarlandkreisen positiv gegenüberstehe.

Hinsichtlich des Haushalts hält er es für nicht hilfreich, mit den Strukturproblemen des Bundes und des Landes zu argumentieren. Beispielhaft geht er auf die Kosten der Unterkunft, die Rentenbeiträge und die Anrechnung von Elterngeld im Zusammenhang Leistungen nach dem SGB II ein.

Als wichtig bezeichnet er die Zukunftsinvestitionen in die Schul- und Bildungsstruktur, wobei die Einrichtung von Ganztagschulen die richtige Entscheidung sei. Ausdrücklich hebt er auch das Projekt KiBiZ hervor, und spricht sich gegen die geäußerte Kritik aus.

Er kündigt an, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Haushalt 2011 zustimmen werde.

Der Abg. Hausmann weist die Kritik des Abg. F. Seeringer an den Kandidaturen des Landrats und des Ersten Kreisrats zurück. Die Nominierung des Landrats für das Amt im Landkreis Göttingen zeige die vorhandene Reputation. Die Bezeichnung der Kandidatur als „Flucht“ sei nicht nachvollziehbar, zumal die Nominierung durch die SPD des Landkreises Göttingen erfolgt sei.

Die Vorsitzende schließt die Aussprache zum Haushalt. Sodann lässt Sie über die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 12 einzeln abstimmen.

Es werden folgende

### Beschlüsse

gefasst:

#### **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011**

Der Kreistag beschließt den Stellenplan als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011 gem. § 65 NLO i.V.m. § 85 Abs. 2 NGO und § 5 GemHKVO in der von der Verwaltung erarbeiteten Fassung.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür und  
10 Gegenstimmen)

## **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011**

Die Haushaltssatzung des Landkreises Osterode am Harz für das Haushaltsjahr 2011 wird unter Berücksichtigung der in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 10. Dez. 2010 beratenen Änderungen<sup>2)</sup> in der anlässlich der Kreisausschusssitzung am 13. Dez. 2010 überreichten Fassung des Satzungsentwurfs beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür und  
10 Gegenstimmen)

## **Haushaltssicherungskonzept 2011**

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO wird das Haushaltssicherungskonzept für den Landkreis Osterode am Harz beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür und  
10 Gegenstimmen)

## **Mittelfristige Finanzplanung 2010 - 2014**

Der Kreistag beschließt gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO die Festsetzung der im Investitionsprogramm aufgeführten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und nimmt von dem Ergebnis- und Finanzplan für die Planungsjahre 2010 – 2014 zustimmend Kenntnis.

(Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür und  
10 Gegenstimmen)

### Punkt 13:

Satzung des Landkreises Osterode am Harz zur Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen zur Kindertagespflege gem. §§ 23, 24 SGB VIII

- Drucksache Nr. 304 -

### Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Satzung des Landkreises Osterode am Harz zur Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege gemäß §§ 23 und 24 SGB VIII in der Fassung des der Beschlussvorlage beigefügten Entwurfs mit der Maßgabe, dass der Satzungsentwurf wie folgt geändert wird:

---

<sup>2)</sup> Budgetierungsrichtlinie, Berichtswesen: Unter Punkt 4, Abs. 4 der Richtlinie entfällt die Berichtspflicht zum 30.04. jeden Jahres

1. Auf Seite 1 des Entwurfs wird in der Präambel in Absatz 1 Satz 3 das Wort „**gleichwertiges**“ ersatzlos gestrichen.
2. Auf Seite 1 zu § 1 - Grundsätze der Förderung der Kindertagespflege - wird im letzten Satz des Absatzes 1 das Wort „**spätestens**“ zwischen den Worten „**Antrag**“ und „**in**“ eingefügt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 14:

Anpassung der Entgelte für das ZisterzienserMuseum  
Kloster Walkenried ab 1. Jan. 2011

- Drucksache Nr. 307 -

Beschluss:

Die Entgelte für den Besuch sowie die Nutzung des ZisterzienserMuseums Kloster Walkenried werden zum 1. Jan. 2011 wie folgt festgesetzt:

	ohne Führung	mit Führung
<b>NORMAL</b>	6,00 €	8,00 €
<b>ERMÄSSIGT</b> Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre, Studierende, Auszubildende, Behinderte, Arbeitslose, Ehrenamtskarte	4,00 €	6,00 €
<b>KINDER UNTER 6 JAHREN</b>	Eintritt frei	Eintritt frei
<b>GRUPPEN</b> ab 10 Personen	5,00 €	7,00 €
<b>FAMILIEN</b> Eltern mit eigenen Kindern bis 16 Jahre	16,00 €	22,00 €
<b>HarzCard</b>	Eintritt frei	
<b>SCHULKLASSEN</b> Preis je Schüler incl. Führung, Lehrkräfte frei		3,00 €
<b>SONDERFÜHRUNGEN</b> Angemeldete Gruppen		Preis auf Anfrage
<b>SONDERVERANSTALTUNGEN</b>		nach Einzel- vereinbarung

Gleichzeitig treten die Entgelte lt. Beschluss des Kreistages vom 28. Juni 2006 außer Kraft.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 15:

Antrag der Realschule auf dem Röddenberg in Osterode am Harz  
auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012;  
Herstellung des Einvernehmens

- Drucksache Nr. 299 -

Der Abg. Dervedde bezeichnet die Anträge auf Errichtung von Ganztagschulen als kleinen Schritt in die richtige Richtung, wobei es sich zunächst lediglich um ein Angebot handele. Das Land sei nicht verpflichtet, die notwendigen Lehrkräfte bereit zu stellen.

Beschluss:

- a) Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz stellt das Einvernehmen zum Antrag der Realschule auf dem Röddenberg in Osterode am Harz auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012 gemäß § 23 Abs. 4 NSchG her.
- b) Die Haushaltsmittel für die Verlagerung/Schaffung der neuen Werkräume und für die Einrichtung einer Mensa inkl. Ausgabeküche mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 870.000 € werden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 mit jeweils 435.000 € zur Verfügung gestellt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 16:

Antrag des Tilman-Riemenschneider-Gymnasiums in Osterode am Harz auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012;  
Herstellung des Einvernehmens

- Drucksache Nr. 300 -

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz stellt das Einvernehmen zum Antrag des Tilman-Riemenschneider-Gymnasiums in Osterode am Harz auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012 gemäß § 23 Abs. 4 NSchG her.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)



Punkt 17:

Antrag des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums in Herzberg am Harz auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012;  
Herstellung des Einvernehmens

- Drucksache Nr. 301 -

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz stellt das Einvernehmen zum Antrag des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums in Osterode am Harz auf Errichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2011/2012 gemäß § 23 Abs. 4 NSchG her.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 18:

Anfragen und Mitteilungen

1. Der Abg. Schirmer teilt mit, dass er als Vertreter des Landkreises Osterode am Harz an der Verbandsversammlung des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen (AS) teilgenommen habe und berichtet aus dieser Sitzung über die Mengenanteile des Restabfalls, die der Deponierung bzw. der Verbrennung zugeführt werden.
2. Der Abg. Schmitz fragt die Abg. Meyer, wie sie dem Haushaltskonsolidierungskonzept zustimmen könne, wenn ihrer Forderung nach Abschaffung der Jagdsteuer nicht Rechnung getragen sei.

Die Abg. Meyer antwortet, dass über die Abschaffung der Jagdsteuer auf Landesebene verhandelt werde. Im Übrigen handele es sich lediglich um einen Punkt innerhalb der Haushaltsplanung, so dass eine Ablehnung insgesamt nicht gerechtfertigt sei.

3. Der Abg. Schmitz fragt, ob es zutreffend sei, dass auf der Strecke von Pöhlde nach Bad Lauterberg im Harz Schüler bei Temperaturen vom - 8° C den Schulbus hätten verlassen müssen.

Der Landrat antwortet, dass dieser Sachverhalt bekannt sei. Das Beförderungsunternehmen habe umgehend Konsequenzen gezogen und den verantwortlichen Busfahrer entlassen.

4. Der Abg. Rordorf führt zur Jagdsteuer aus, dass nach seiner Ansicht auch die Hege und Pflege des Wildes als Hobby anzusehen sei. Die Steuer sei im erhobenen Umfang berechtigt.

Der Landrat ergänzt, dass die Einnahmen aus der Jagdsteuer im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand gering seien. Sollte die Steuer auf Landesebene abgeschafft werden, müsste im Rahmen der Konnexität der Finanzausgleich angepasst werden.

5. Die Abg. Wode fragt, wie der Landrat persönlich zu seiner Nominierung als Landratskandidat für den Landkreis Göttingen stehe, da er von den Bürgern des Landkreis Osterode am Harz bis zum Jahr 2014 gewählt worden sei.

Der Landrat führt aus, dass es ein ganz normaler Vorgang sei, wenn Führungskräfte die Position wechselten, zumal er mit mehr als 12 Jahren eine lange Zeit Landrat des Landkreises Osterode am Harz sei.

Es ergibt sich eine kurze Aussprache zur Kandidatur des Landrats, an der sich die Abg. Dervedde, Schmitz, Körner, Seifert und der Landrat beteiligen.

Punkt 12:

Einwohnerfragestunde

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht..

Um 16.27 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

*gez.*  
*Helga Klages*

Vorsitzende

*gez.*  
*Bernhard Reuter*

Landrat

*gez.*  
*Jörg Schattenberg*

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 21. Februar 2011.